

macht China gestalten wollen. Nicht auszuschließen ist, dass gerade mit einem Präsidenten Obama Washington und Peking nicht zuletzt wegen Interessengegensätzen in Afrika zunehmend aneinander geraten.

Der 44. Präsident der USA erbt von seinem Vorgänger ein prall gefülltes außenpolitisches Aufgabenbuch. Zugleich sind Amerikas Pfeiler der Macht weniger

tragfähig als früher. Obama wird sie also stabilisieren müssen. Ihn dabei zu unterstützen liegt im deutschen und europäischen Interesse, denn ein Amerika, das sich auf sich selbst zurückzieht, würde die Welt wohl zu einem noch gefährlicheren Platz machen. Der Vertrauensvorsprung auf beiden Seiten des Atlantiks ist groß – mögen sich die Partner nicht gegenseitig enttäuschen.

Gert Weisskirchen

Etwas unerhört Neues fängt an

Wie links ist Obama?

Barack Obama hat das Herz der Macht erobert. Wie wird er gebrauchen, was er gewonnen hat? Welche Normen werden sein Handeln leiten? Getragen wird er von einer Wählerschaft, wie sie allein in außergewöhnlichen historischen Momenten stark mobilisiert werden kann. Welche Gründe haben Menschen bewegt, sich für ihn zu entscheiden? Warum haben seine Botschaften den Kern dessen erreicht, was die Mehrheit von ihrem künftigen Präsidenten erwartet?

Joe Klein bewertet in der *Time* den Sieg Obamas als ein Referendum über die Ära, die mit Ronald Reagan begonnen hatte. Die treibende Idee des frisch gewählten Präsidenten sei, und so zitiert er ihn selbst, einen »Sinn wieder herzustellen, dass wir die Wirtschaft von unten aufbauen und nicht von oben. Das ist der alles überragende philosophische Wandel, den wir durchsetzen müssen«. Mit John McCain hat das alte, unilaterale Amerika verloren, das angebotsorientierte, das deregulierende. Im Wahlakt spiegeln sich die Absagen an das gesellschaftliche Auseinanderdriften der – »dis-united« – USA, das soziale Absinken größer werdender Teile der Bevölkerung, die wachsende Sorge vieler Menschen vor der ungewissen Zukunft ihrer Kinder.

Schon mit dem Beginn des Wahlkampfes schlug Obama den Generalbass seiner Botschaft an. Er überzeugte, weil er die



Gert Weisskirchen

(* 1944) MdB, ist seit 1999 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und seit 2005 persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus.

gert.weisskirchen@bundestag.de

Sorgen der Menschen direkt ansprach: Wie soll die Wirtschaft der Zukunft aussehen, wie das Gesundheitswesen, wie Bildung und Erziehung? John McCain aber blieb der Gefangene der neo-konservativen Ideologie. Am Ende versuchte er seinen politischen Gegner als »Sozialisten« zu brandmarken, um die Niederlage verzweifelt abzuwenden. Wieder aufleben sollte die Rebellion der Reagan-Ära. Sie hatte sich aufgebäumt gegen die Offenheit der Kennedy-Ära, gegen das Verlangen nach Freiheit, gegen den Willen zur Gleichberechtigung,

wie sie in den Bürgerrechtsbewegungen sich ausdrückte. Die späten 60er Jahre waren eine Zeit des kulturellen Aufbruchs in eine neue Globalität.

Authentizität und magische Kraft

Der Sieger dieses Herbstes knüpft an den Sommer 1968 an. Barack Obama beginnt, den Traum Martin Luther Kings zu verwirklichen. Der Blick auf die Ergebnisse zeigt: Die Wählerschaft McCains ist weiß, verfügt über höhere Einkommen, ist älter, hat höhere akademische Abschlüsse, lebt in Vorstädten, eher noch auf dem Land und im Süden. Die Wählerschaft Obamas repräsentiert die »realen« Vereinigten Staaten von Amerika. Sie ist farbiger und jünger, städtischer und geringer verdienend, ihre Bildungsstruktur ist weniger stark geprägt und weiblicher.

Den deutlichsten Zuwachs erzielte Obama gegenüber 2004 bei den spanisch-sprechenden Bürgerinnen und Bürgern mit 13 % und bei den 18- bis 29-Jährigen mit 12 %. »E pluribus unum« ist das Versprechen des Gründungsakts der USA, und mit Obamas Wahl wird es real. Dreiviertel derer, die im Wahlakt befragt wurden, denken die USA seien auf einem falschen Weg.

Wandel und Hoffnung waren deshalb die Schlüsselworte, die den Raum zur Entscheidung öffneten. Diese Worte haben magische Kraft gewonnen. Sie durchbrechen Ängste nicht, weil sie rhetorische Suggestion entfachten. Das konnte nur gelingen, weil Obama authentisch das Band zwischen Zielen und Handeln ineinander zu fügen vermochte. Obama hat gewonnen auch der Krise des Finanzkapitals wegen. Aber nicht allein deshalb. Wichtig waren ebenso seine Fähigkeiten, im öffentlichen Diskurs seine Kompetenzen überzeugend darzustellen. Er konnte das Entstehen der Krise verständlich erklären und vernunftgeleitetes politisches Handeln anbieten.

Die Umrisse sind noch zu schärfen, die Grundrichtung jedoch ist deutlich zu erkennen. Und die Wählerinnen und Wähler haben sie fest ins Auge gefasst. Mit ihrer Entscheidung haben sie Geschichte gemacht. Sie haben politisch gestritten, so stark motiviert wie selten in den letzten vier Jahrzehnten zuvor. Sie wenden sich gegen Apathie und Zynismus. Sie erfinden die US-Demokratie neu.

Die Agenda der Demokraten

Wie kann dieses Momentum aufgenommen werden, wie erhalten bleiben? Das »Konzept der deliberativen Demokratie« ist offen. Sie ist plastisch und lernfähig. Im Kampf um die politische Entscheidung hat die Demokratie in den USA neue Kraft schöpfen können.

Mit der ausgebauten Mehrheit im Kongress wird es für Präsident Obama leichter sein, die demokratische Agenda in den kommenden Jahren durchzusetzen:

»*Erstens:* Wir werden Amerikaner im Heimatland schützen und die Welt führen, indem wir unseren Soldaten, unseren Bürgern und unseren Alliierten die Wahrheit sagen. Wir setzen auf eine starke nationale Verteidigung, die zugleich fest und intelligent ist. (...). Erfolg im Irak werden wir sichern und Amerika befreien von der Abhängigkeit vom importierten Öl.

»*Zweitens:* Wir werden ein Amerika schaffen, das sauberer, grüner und stärker ist, indem wir Milliarden von Subventionen für Öl und Gas streichen, und die eingesparten Mittel verwenden, damit die Konsumenten finanziell erleichtert und damit alternative Energien entwickelt werden. Technologien, die die Energieunabhängigkeit fördern, werden mit den eingesparten Mitteln zusätzlich angeregt.

»*Drittens:* Wir werden Jobs schaffen, die in Amerika bleiben und die Chancen für alle Amerikaner wiederherstellen, beginnend mit der Erhöhung des Mindestlohns.

Viertens: Wir werden uns 36 Industrienationen anschließen, damit jeder Einzelne Zugang zu einem bezahlbaren Gesundheitswesen hat. Beginnen werden wir, indem wir an den Regeln für das Arzneimittelprogramm festhalten und die Stammzellenforschung fördern werden.

Fünftens: Wir werden sicherstellen, dass ein Rentnerdasein in Würde das Recht und die berechtigte Erwartung jedes Amerikaners und jeder Amerikanerin ist. Deshalb werden wir mit einer Pensionsreform beginnen (...) und die Privatisierung der sozialen Sicherheit vermeiden.«

Der emotional stärkste Moment der Rede Obamas auf der *Convention* in Denver war, als er die Verpflichtung abgab, für jedes Kind müsse die weltbeste Bildung bereitgestellt werden, »weil es um nicht weniger geht, als sich in der globalen Wirtschaft im Wettbewerb zu behaupten«.

Er selbst und seine Frau Michelle konnten allein deshalb in Denver sein, weil sie diese Chance geboten bekamen. Dies sei der Grund, weshalb er in frühkindliche Erziehung investieren werde. »Und wir werden unser Versprechen jedem jungen Amerikaner (gegenüber, d. A.) einlösen.«

Seine Rede beendete Obama mit den Worten Martin Luther Kings: »Wir können nicht allein voran gehen und (...) wir können nicht umkehren.« Deshalb: »Wir halten fest am amerikanischen Versprechen (...), an der Hoffnung zu der wir uns kennen.«

Beim Sieg Obamas hat sich Vernunft gegen unerschwellige Vorurteile durchgesetzt, die Erfahrung zur *Compassion* gegen die Absicht, die Welt von Beginn an in Gut und Böse zu unterscheiden.

Zudem verfügt Obama über die Fähigkeit, »was krisengebeutelte Demokratien am dringendsten brauchen, Begeisterung für Veränderungen zu wecken«, so schreibt Ronald Dworkin. Vor diesen überbordenden Aufgaben steht die neue Administration: die verunsicherte, polarisierte Gesellschaft zu versöhnen; den Niedergang des

Vertrauens in das Regierungshandeln umzukehren; und die wirtschaftliche Krise zu bewältigen, sowie das Ansehen der USA außenpolitisch zu erneuern.

Die dramatischen Verwerfungen in den Sphären des internationalen Finanzkapitals haben wie in einem Brennglas allen globalen Akteuren vor Augen geführt, dass allein aufeinander abgestimmtes Zusammenhandeln einen Weg aus der Krise zeigen kann. Zwingend ist es, die internationale Finanzarchitektur zu erneuern. Dabei ist nicht allein die Frage zu beantworten, wie die globalen Institutionen stärker den multipolaren Realitäten angepasst werden, die Agenda ist umfangreicher: Neue Instrumente sind zu entwickeln, damit die Vereinten Nationen reformiert werden. Eine Renaissance des Völkerrechts und der internationalen Politik ist überfällig. Die »strategische Führerschaft«, von der die außenpolitischen Berater Obamas sprachen, beschreibt den multilateralen Horizont und hält fest, wie sich die USA künftig als *primus inter pares* verstehen werden. Die Zeit der Konstruktionen der Koalitionen der Willigen, an der völkerrechtlichen Legitimation vorbei, ist damit zum Ende gekommen.

Die strategische Führerschaft der USA muss erworben werden und erhalten bleiben, schreiben Anne-Marie Slaughter, Ivo Daalder u.a. im *Phoenix Initiative Report*. Dem neuen Präsidenten sei aufgegeben, eine neue Nationale Sicherheitsstrategie im Angesicht einer Zeit der Wirren und des Wandels in Kraft zu setzen. Mehr als je zuvor seit 1940 sehen sich die USA herausgefordert, ihre globale Rolle neu auszurichten.

Die neu zu begründende Führerschaft erkennt an, dass die USA in einer miteinander vernetzten Welt ihre eigenen Interessen am Besten zu sichern vermag, wenn sie die Interessen anderer versteht und hilft, jene ebenfalls zu sichern. Obama hat eine neue Offenheit geschaffen. Fragen können frisch gestellt werden. Mit welchen politischen Neansätzen werden die Ver-

hältnisse zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft künftig geordnet? Was soll der entscheidende Inhalt eines *New Deal* sein, wie er gegenwärtig debattiert wird? Geht seine Präsidentschaft über ein keynesianisches *Bretton Woods II* hinaus? Wie lassen sich die zerbrochenen Mechanismen reparieren, die mithelfen, Transparenz, Steuerung und Kontrolle über die Exzesse des Finanzkapitals zu erneuern? Welche Konsequenzen zieht Obama aus der Tatsache, dass die Grenzen der verbliebenen Supermacht in den sich beschleunigenden Globalisierungsprozessen enger geworden sind? Wie können die sich verstärkenden Widersprüche zwischen dem Streben nach globaler Ordnung und der auseinanderfallenden Reichtumsentwicklung – national

wie transnational – in erträglichen Balancen eingehegt werden? Wird es Obama gelingen, auf lange Dauer anzulegende Reformen im eigenen Land und global durchzusetzen?

Im Wahlkampf hat er eine wachsende Zahl von Menschen ermutigt, von unten aus der Gesellschaft heraus, das Politische für sich selbst zu entdecken. Noch ist dieser Aufbruch fragmentiert. Noch haben soziale Bewegungen sich nicht erneuert. Und doch: Hoffen könnte sich in Handeln verwandeln. Denn das ist der Kern einer realistischen Linken: Verantwortung übernehmen, damit die Freiheit der Einzelnen sich einsetzt für ein Mehr an Gerechtigkeit. Mit Obama fängt etwas unerhört Neues an.

Martin Kämpchen

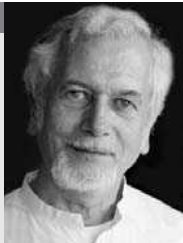
Indiens Blick auf den »globalen Amerikaner«

Fasziniert schaute Indien auf den amerikanischen Wahlkampf. Seit Januar verging kein Tag, an dem nicht in den nationalen Tageszeitungen und in den Fernsehnachrichten wenigstens eine Neuigkeit über Clinton, Obama oder McCain veröffentlicht wurde. In der Presse waren es meist Agenturberichte oder Übernahmen von großen amerikanischen und britischen Zeitungen, denn einen eigenen Korrespondenten in Washington können sich nur wenige indische Zeitungen leisten. Aber dazu kamen ausführliche, meinungsstarke Editorials und Stimmungsberichte indischer Journalisten. Woher stammt diese Faszination?

Martin Kämpchen

(* 1948) arbeitet als freier Schriftsteller, Übersetzer, Herausgeber und Journalist in Indien.

M.Kaempchen@gmx.de



mentwahl statt, die wegen ihres schieren Ausmaßes und ihres enormen organisatorischen Aufwands höchst beeindruckend ist. Doch besteht wenig innerparteiliche Demokratie und Auseinandersetzung. In Amerika dagegen wird innerparteiliche Demokratie monatelang vor den Augen der Welt vorgeführt. Die Kandidaten wagen es, sich ihre Schwächen und Fehler vorzuhalten. Niemand verbietet ihnen den Mund aus Gründen der »Parteidisziplin«. Es geht mehr um den besten Kandidaten und um die Lösung von Problemen als um andere strategische Erwägungen. Die indi-

Indien nennt sich zwar mit Stolz die »größte Demokratie der Welt«, doch ist sich jeder gebildete Inder – oft uneingestanden – der Defizite seiner Demokratie bewusst. Alle fünf Jahre findet zwar eine Parla-